

# presse

---

AG Familie, Senioren, Frauen und Jugend

## Förderung bürgerschaftlichen Engagements muss fortgesetzt werden

*Noch bis zum 11. Oktober findet die Woche des bürgerschaftlichen Engagements statt. In diesem Jahr widmet sie sich dem Engagement von Jung und Alt. Hierzu erklären die familienpolitische Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion **Caren Marks** und der zuständige Berichterstatter **Sönke Rix**:*

Das Engagement in Deutschland ist vielfältig. Ob beispielsweise Patenschaften Älterer für Schülerinnen und Schüler mit Lernschwierigkeiten oder Besuchs- und Einkaufsdienste Jüngerer für Seniorinnen und Senioren, die in Altenheimen leben: In Deutschland engagieren sich Jung und Alt gemeinsam und füreinander. Das zeigt auch die aktuell laufende Woche des bürgerschaftlichen Engagements auf eindrucksvolle Weise.

In dieser Woche wird wieder deutlich: Engagierte brauchen in ihrem Umfeld eine Infrastruktur, die das Engagement ermöglicht und die gute Rahmenbedingungen bietet. Die SPD war auch in der Großen Koalition der Garant für die Verbesserung dieser Infrastruktur: Ohne uns hätte es nicht die "Hilfen für Helfer"-Reform im Spenden- und Gemeinnützigkeitsrecht gegeben. Für die Förderung der wertvollen Arbeit von Initiativen, Selbsthilfegruppen und Seniorenbüros sowie die Aufstockung der Fördermittel für Jugendfreiwilligendienste haben wir uns ebenfalls stark gemacht. Wir nehmen die neue Bundesregierung in die Pflicht, dies fortzusetzen.

Wichtig ist auch die Infrastruktur für generationsübergreifendes Engagement. Die SPD hat die generationsübergreifenden Freiwilligendienste eingeführt und weiterentwickelt. In den laufenden Projekten übernehmen Bürgerinnen und Bürger jeden Alters Verantwortung für andere: Für Junge, für Alte, für Menschen mit Behinderung, für Migrantinnen und Migranten oder auch für besonders belastete Familien. Solche Projekte müssen auch in Zukunft gefördert werden.

Eine solidarische und demokratische Bürgergesellschaft braucht Engagement. Es bleibt zu hoffen, dass die neue Regierung den Wert des freiwilligen Engagements erkennt und entsprechend fördert. Keinesfalls dürfen bestehende Errungenschaften in der Engagementpolitik einer sozial ungerechten Steuerreform zum Opfer fallen.